

2. Tagung des 8. Landesparteitags



Landesparteitag "Ein gutes Leben für alle in Brandenburg"

Am ersten sonnigen Wochenende im April, genauer gesagt am 22.04. dieses Jahres, fand im schönen Ludwigsfelde der Landesparteitag der Linken unter dem Motto "Ein gutes Leben für alle in Brandenburg" statt. In erster Linie ging es darum, die Leitplanken für die Kommunalwahl im kommenden Jahr festzuzurren. Dabei soll auf das altbewährte und bisher stets erfolgreiche Konzept der offenen Listen zurückgegriffen werden. Darum wurde als vornehmliches Ziel beschlossen, um engagierte Kandidat:innen aus der Zivilgesellschaft zu werben. Um es den zukünftigen Kandidat:innen zu vereinfachen für uns anzutreten, wurde festgelegt, was jene Menschen von uns erwarten können, die mit uns in den Wahlkampf ziehen möchten.

Über Wahlen wurde nicht nur gesprochen, sondern der Landesparteitag wurde selbst aktiv, da es galt, nach dem Rück- und Austritt von Justin König, eine:n stellvertretende:n Landesvorsitzende:n nachzuwählen. In einer knappen Stichwahl setzte sich der Vorsitzende des Kreisverbandes Lausitz, Christopher Neumann, knapp gegen Candy Boldt-Händel aus dem Kreisverband Oberhavel durch. Auch unser Andreas Eichner aus Schönefeld war ins Rennen gegangen und hatte beachtliche 20 Stimmen geholt. Zusätzlich wurde der Landesvorstand um Janina Gebauer, ihres Zeichens Kreisgeschäftsführerin aus dem Barnim, verstärkt.

In den anschließenden Debatten dominierten vor allem die Themen Bildungs- und Friedenspolitik. Vor diesem Hintergrund wurde insbesondere über einen Initiativantrag beraten, der den Landesverband dazu auffordert, sich gegen das NATO-Luftmanöver Air Defender 2023 zu positionieren und sich an Protesten und Aktionen dagegen zu beteiligen. Dieser wurde mit großer Mehrheit angenommen. Dadurch wurde ein

weiteres mal ein Zeichen gesetzt, dass DIE LINKE, vor allem mit Blick auf den Ukrainekrieg, sich nicht an weiteren Eskalationen beteiligen wird.

Ein weiteres Thema, welches im Plenum für starke Emotionen sorgte, war der Landesinnenminister Michael Stübgen (CDU), der wegen seiner gescheiterten Politik zur Unterbringung Geflüchteter scharf kritisiert wurde.

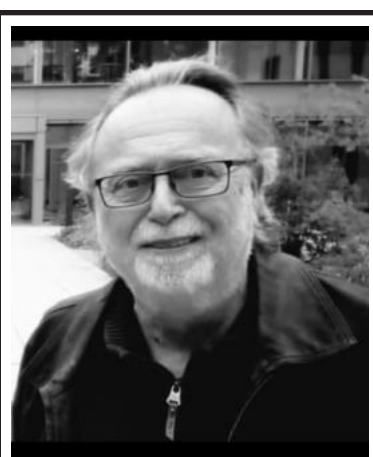
Dass DIE LINKE sich nicht nur mit sich selbst beschäftigen kann, sondern auf kommunaler sowie Landesebene eine gute und zuverlässige Partnerin für die Rechte von Arbeitnehmer:innen ist, wurde noch einmal durch eine Rede der Gewerkschaft Ver.di unterstrichen. Dabei wurde insbesondere die Unterstützung der LINKEN im Tarifkampf für die Kommunal- und Bundesbediensteten im Öffentlichen Dienst gelobt.

Zum Abschluss des Landesparteitages stellte sich die von den Landesvorständen Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern vorgeschlagene Kandidatin für die Wahl zum Europaparlament vor.

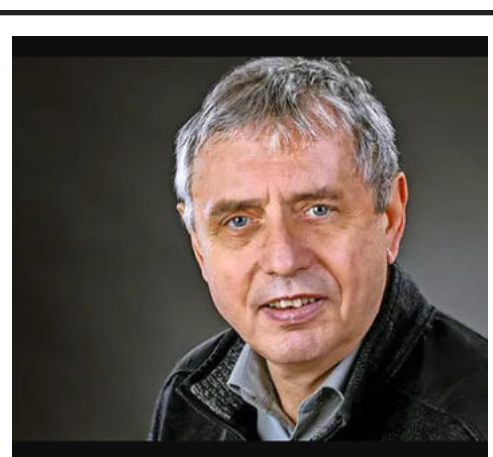
Die Arbeit unserer Partei auf kommunaler, Landes-, Bundes- sowie Europaebene ist eine Notwendigkeit, um für jene Menschen zu sprechen, die nicht selten überhört oder absichtlich ignoriert werden. In diesem Sinne gehen wir mit vollem Engagement und Optimismus in die kommenden Wahlen und vergessen nie, warum so viele Menschen auf uns zählen.

Text: Pascal Merkes, Monika Lehmann

Bild: DIE LINKE. Brandenburg



Unsere lieben Genossen und Freunde Holger Menze und Heinz Hillebrand sind ganz plötzlich von uns gegangen. Dieser Verlust kam für uns alle völlig überraschend und hinterlässt tiefe Trauer bei uns allen. Holger und Heinz waren treue Freunde und Genossen, die all ihre Energie und Kraft in die politische Arbeit steckten.



*Diese zweite Ausgabe des LINKS**blick** steht ganz im Eindruck von einem sehr ereignisreichen Quartal nicht nur für unseren Kreis.*

Zum einen standen wichtige Termine wie der 1. Mai an, welchen wir im gesamten Landkreis mit verschiedensten Aktionen begangen haben. Ebenfalls kann das "Lesen gegen das Vergessen" (S. 2) sowie die Demo in Mittenwalde (S. 4) als wichtige Veranstaltung für Dahme-Spreewald gewertet werden. Ein weiteres wichtiges Ereignis stellte wohl der Kreisparteitag (S. 4) dar.

Leider hatte unsere Partei auch zwei schwere Verluste zu betrauern. So trauern wir nach wie vor um das viel zu frühe Ableben unserer hochverdienten Genossen Heinz Hillebrand und Holger Menze. Beide werden uns als starke, engagierte Kämpfer für eine bessere und gerechtere Welt in Erinnerung bleiben.

*Auch wenn die von Ihnen hinterlassene Lücke nie gefüllt werden kann, blieben der Vorstand und seine Mitglieder nicht untätig. So standen überregional sowohl der Landesparteitag als auch eine Regionalkonferenz (S. 7) an, die beide in dieser Ausgabe besprochen werden sollen. Daher wünscht die Redaktion des LINKS**blicks** viel Vergnügen beim Lesen der hoffentlich spannenden Berichte.*

**FRIEDEN, HEIZUNG, BROT
STATT**

WAFFEN, KRIEG UND TOD!

Mahnwache für Frieden und Abrüstung
WANN? Jeden Donnerstag, 18:00 Uhr
WO? Am Brunnen, Bahnhofstraße, Königs Wusterhausen



Initiative für Frieden und Abrüstung
Dahme-Spreewald

unterstützt von
DIE LINKE.
Dahme-Spreewald

Spenden an DIE LINKE. LDS:
Wir nehmen kein Geld von Lobbyist:innen! Aber sehr gerne Deine private Spende.

IBAN: DE78 1605 0000 3661 0315 45

BIC: WELADED1PMB

Bitte gib uns unbedingt Deinen Namen und Deine Adresse an, da das Parteiengesetz verbietet, anonyme Spenden anzunehmen.

Auf Wunsch stellen wir gerne eine Spendenbescheinigung aus.

Wir bedanken uns schon mal im Voraus für Eure Unterstützung.

Mit solidarischen Grüßen

DIE LINKE. LDS

Lesen gegen das Vergessen am 10.05.2023 in Eichwalde



Elke Herer machte uns auf den 90. Jahrestag der Bücherverbrennung aufmerksam und regte eine Veranstaltung hier in unserer Region an, im kleinen Rahmen, ähnlich der Veranstaltung von Gesine Löttsch jährlich auf dem August-Bebel-Platz in Berlin.



Das Organisationssteam (Monika Lehmann, Wolfgang Grützmacher, Philipp Martens und Claudia Mollenschott) organisierten Lesende, Werbung

und informierten Interessierte. Wir sprachen u.a. mit Schüler:innen und Lehrer:innen der Paul-Dessau-Gesamtschule in Zeuthen und dem Humboldt-Gymnasiums in Eichwalde. Die Angesprochenen waren von der Idee begeistert und wollten uns gern unterstützen, um gleichzeitig ein Zeichen gegen Hass und Rassismus sowie Kulturlosigkeit zu setzen.

Am 10. Mai war es dann soweit. Das Wetter meinte es gut und so konnten wir vor der Feuerwache Eichwalde bei herrlichem Sonnenschein den Gedanken der vielen Schriftsteller:innen lauschen.

Claudia Mollenschott, stellvertretende Vorsitzende des Kreistages, führte mit der Moderation in die Historie ein:

Seit April 1933 wurden Bücher von 94 Autor:innen verboten, aus den Büchereien und Bibliotheken geholt und in 22 deutschen Universitätsstädten verbrannt. Die Bücherverbrennungen am 10. Mai 1933 in vielen deutschen Universitätsstädten waren Höhepunkt der „Aktion wider den undeutschen Geist“. Generalstabsmäßig geplant, getragen von der Deutschen Studentenschaft richtete sich die Aktion gegen Schriftsteller:innen, die alle in ihren Äußerungen den Anschauungen des Nationalsozialismus widersprachen. Dem vorausgegangen waren Ar-

beits- und Publikationsverbote. Die Bücher verschwanden aus Bibliotheken, Buchhandlungen, wurden beschlagnahmt, aus dem Schulunterricht verbannt und wurden mit den Verbrennungen öffentlich physisch vernichtet. Dabei ging es um die systematische Verfolgung jüdischer, pazifistischer, queerer und anderer oppositioneller, politisch unliebsamer Schriftsteller:innen. Darunter sind viele Autor:innen, deren Namen wir alle kennen. Stellvertretend seien hier Einige genannt: Anna Seghers, Heinrich Heine, Thomas Mann, Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Sigmund Freud, Erich Maria Remarque, Kurt Tucholsky, Erich Kästner. Die Liste aller Betroffenen ist sehr lang, viel zu lang! Daran wollen wir erinnern – und sie nicht vergessen!

Den über 50 interessierten Gästen bot sich ein interessantes Programm. Getragen wurde die Veranstaltung von Schüler:innen und bekannten Persönlichkeiten unseres Landkreises. Schüler:innen der beiden Schulen gaben dem



Programm einen würdevollen musikalischen Rahmen. Sie lasen Texte von Kurt Tucholsky und Gina Kaus.

Sven Herzberger, Bürgermeister von Zeuthen las aus dem Buch „Brennende Ruhr“ von Carl Grünberg. Grünberg beteiligte sich am kommunistischen Widerstand und war zeitweise im frühen Konzentrationslager für politische Gefangene in Sonnenburg bei Küstrin inhaftiert. Dass er seine Kindheit und Jugend, so wie Herzberger, in Berlin-Pankow verbracht hatte, lies ein besonderes Interesse an dem Schriftsteller für Sven entstehen. Ebenfalls auf die Veranstaltung angesprochen, hatte Jörg Jennoch, Bürgermeister von Eichwalde, sofort Titel und Autor parat, was hierbei auf keinen Fall fehlen sollte:

„Ich, der Augenzeuge“ von Ernst Weiß. Dr. René Schlott, Mitarbeiter der Buchhandlung Komma in Eichwalde las, was Kästner nach Jahren über die Bücherverbrennung schrieb. Kästners Worte darüber, selbst erleben zu müssen, wie sein Lebenswerk in Flammen aufging, lies die Grausamkeit der damaligen Zeit nachempfinden.

Begeistert las die bekannte Radiomoderatorin Susanne Trotzki von Radio SKW aus einem Buch ihrer Lieblingsautorin Else Ury. Nesthäkchens Sorge um die anstehende Reise, den Zug zu verpassen, das letzte Schiff nicht zu erwischen, lies Susanne Trotzki lebendig werden. Wer hatte da wohl nicht dieses kleine, ängstliche, sonst so fröhliche Mädchen vor Augen? Wer bangte nicht mit, ob sie noch rechtzeitig fliehen konnten?

Dr. Herbert Burmeister las Kästners Text: „Die andere Möglichkeit“. Die Überlegungen, „Wenn wir den Krieg gewonnen hätten...“ die



Kästner anstellte, machte die Gäste betroffen, ich selbst bekam eine Gänsehaut. Wie anders wäre der Lauf der Geschichte gekommen? Würden wir hier heute stehen?

Und wie schrecklich wäre es, wenn wir all die Bücher, all die kleinen und großen Held:innen, Geschichten und wissenschaftlichen Erkenntnisse, historischen Betrachtungen und revolutionären Texte, die all die Autor:innen niedergeschrieben hatten, heute gar nicht lesen könnten?

Wie gut, dass die Bücher erneut verlegt, gedruckt und in den Buchhandlungen und Bibliotheken wieder stehen können. Einige der Werke hatte die Buchhandlung Komma aus Eichwalde direkt mitgebracht. So manchen sah man noch im Nachgang in den Büchern blättern, man kann aber jederzeit Frau Sticker in ihrem Geschäft in der Eichwalder Bahnhofstraße besuchen. Sie besorgt gern auch Ausgefallenes.

Gäste und Lesende waren sich am Ende der Veranstaltung einig, dass es eine interessante Veranstaltung war, welche jährlich am 10. Mai, dem Tag der Bücherverbrennung, stattfinden sollte.

Text: *Claudia Mollenschott*

Streik in Königs Wusterhausener Krankenhaus

Am 9. Mai hatte Ver.di die Beschäftigten im Kreiskrankenhaus Königs Wusterhausen zum Streik aufgerufen. Viele sind diesem Aufruf gefolgt und haben unter dem Motto „Wir sind es Wert“ für einen gerechteren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen demonstriert. DIE LINKE . Dahme-Spreewald unterstützt diesen Arbeitskampf vollumfänglich und steht den Beschäftigten zur Seite. Wir hoffen, dass die Bereitschaft, für gerechte Löhne auch das Mittel von Streiks zu nutzen, weiter Schule machen wird.



1. Mai in Königs Wusterhausen



Der 1. Mai stand in Königs Wusterhausen wieder ganz in der Tradition eines Volksfestes. So war auch DIE LINKE. Dahme-Spreewald mit einem Stand vertreten und konnte in launiger Stimmung bei guter Musik und fantastischem Wetter so manch interessantes Gespräch mit den Bürger:innen vor Ort führen. Vor allem der derzeit wieder sehr wichtig gewordene Arbeiter:innenkampf wurde dabei stark in den Fokus gerückt - ebenso die dringende Notwendigkeit, einer starken linken Kraft, die sich für eben jene Interessen einzusetzen versteht.

Darüber hinaus trugen verschiedenste Wort- und Diskussionsbeiträge, die durch den Deutschen Gewerkschaftsbund moderiert wurden, zum politischen und kulturellen Rahmen des Festes am Stadtbrunnen bei. Während die vortreffliche musikalische Untermalung von der Band „Out

of Dungeons“ übernommen wurde, konnte der 1. Mai in Königs Wusterhausen ein weiteres Jahr erfolgreich zelebriert werden.

Text: *Patrick Scharkowski*



Ist das gelebte Demokratie?

Die Fraktionen LINKE und Bündnis 90/Die Grünen hatten im Herbst 2022 im Kreistag einen gemeinsamen Beschlussvorschlag zur Schaffung von Schulplätzen an einer zusätzlichen weiterführenden Schule eingebracht. Dem vorausgegangen waren Gespräche mit besorgten Eltern und eine Petition. Die Beschlussvorlage zeigte auf, dass die Schüler:innen bereits ab 2024 eine erhebliche Not haben werden, einen (halbwegs erreichbaren) Schulplatz zu bekommen, und weder die Gesamtschule Zeuthen, noch die Oberschulen in Wildau und Schönefeld dem Ansturm gewachsen sein werden.

Deshalb wollten wir das politische Signal vom Kreistag aussenden, dass sofort Mittel in den Haushalt einzustellen sind, um eine zusätzliche Schule zwischen Schönefeld, Schulendorf, Zeuthen, Eichwalde und Wildau zu errichten. Die Beschlussvorlage wurde mehrfach durch den Bildungsausschuss diskutiert und immer unter dem Hinweis – die Verwaltung arbeite schon – vertagt. Das Problem ist, daran arbeiten und schnell vorankommen sind zwei verschiedene Dinge – und ohne Beschluss kann die Verwaltung kein Geld im Haushalt einstellen und

eine Planung in Auftrag geben.

In der Kreistagssitzung im Mai 2023 drohte nun erneut die Vertagung unserer Vorlage. Unsere Fraktionen bestanden auf sofortige und namentliche Abstimmung. Denn inzwischen dürfte, aufgrund der Argumentation der zuständigen Beigeordneten Susanne Rieckhof, jede:r der 56 Abgeordneten klar sein, dass die Schule spätestens 2026 fehlt. Dennoch lehnten Landrat Loge und alle Fraktionsmitglieder von SPD und CDU die Vorlage ab. Vermutlich weil sie nicht von ihnen selbst kam. Dabei hatten LINKE und Bündnis 90/Die Grünen ihnen auch angeboten, ihr beizutreten und ein breites politisches Signal auszusenden.

Auf die Stimmen von LINKEN und Bündnis 90/Die Grünen kommt es im Kreistag nicht mehr an. Deswegen wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt. Das ist gelebte Demokratie. Ich frage mich, ob die Unterzeichner:innen der Petition verstehen, warum der Antrag zur Schaffung der Schulplätze abgelehnt wurde?!

Übrigens gab es in der gleichen Kreistagssitzung zwei gefasste Beschlüsse, an denen die

Verwaltung bereits arbeitet, die jedoch bisher in keinem Ausschuss beraten wurden. Die übliche Vorgehensweise - Überweisung in die Ausschüsse - wurde mit der SPD-und-CDU-Mehrheit abgelehnt. Inhaltliche Nachfragen in der Kreistagssitzung wurden durch Geschäftsordnungsanträge verhindert. Durchgepeitscht mit den demokratischen Stimmen der SPD- und CDU/FDP/Bauern-Fraktion. Und natürlich ist die Verwaltung hier längst tätig. Schaufensteranträge?

Diese Art und Weise beschädigt die Demokratie in meinen Augen sehr. Wer sich fragt, warum unsere Bürger:innen politikmüde sind, muss sich nur diese Sitzung anschauen. Das lädt vermutlich auch nicht dazu ein, sich diesem Diskurs zu stellen und sich aktiv einzubringen. Unter Demokratie verstehe ich etwas anderes: Kopf an und über sinnvolle Vorschläge beraten und nach aller Abwägung entscheiden. Das ist es, was eigentlich unsere Demokratie trägt.

Text: *Claudia Mollenschott*



Vor fast genau einem Jahr fand auf dem Hof der Kreisgeschäftsstelle Königs Wusterhausen das erste Mal unser Hoffest statt. Dies sollte sich dieses Jahr wiederholen. Dabei schienen sich die äußeren Umstände gegen uns verschworen zu haben. So schien nicht nur das Wetter, in Form vom ersten Regen seit Wochen, uns einen Strich durch die Rechnung machen zu wollen. Zusätzlich sorgte ein Unfall auf der A10 für ein perfektes Verkehrschaos im nördlichen Landkreis. Bereits das Hoffest wortwörtlich ins Wasser fallen sehend, machte sich eine deprimierende Stimmung breit. Sollte nun all

Jahreshöhepunkt Hoffest

das Organisieren, Planen, Bewerben, Kochen und Einkaufen umsonst gewesen sein?

Mit diesen Gedanken finster in diesen Tag startend, brach auf einmal die Sonne durch eine zuvor dicht bedeckte Wolkendecke. Die kühle, windige Luft weichte einem warmen und sonnigen Nachmittag. Als dann der Grill angezündet war und die ersten Gäste in Form von Sympathisierenden und Genoss:innen auftauchten, konnte das Hoffest doch noch in erfolgreiche Bahnen gelenkt werden. Auch wenn die Besucher:innenanzahl sicherlich unter anderen



äußeren Umständen besser ausgefallen wäre, wurde das Hoffest dennoch ein großer Erfolg.

So war die Stimmung ausgelassen, es wurde gelacht, sich unterhalten, getrunken und gut gegessen. Bratwürste, Grillkäse, veganes Curry und ein ausgezeichnetes Lammgulasch rundeten das kulinarisch-politische Beisammensein ab. Als dann noch, sozusagen als Ehrengast, Sven Herzberger auftauchte und in einer „kurzen“ Rede die Teilnehmenden trotz kulinarischer Genüsse in seinen Bann zog, war auch der letzten Besucher:in klar: Dieses Hoffest war ein voller Erfolg. Und die einzige Frage, die ab diesem Zeitpunkt noch blieb: Wann gibt es das nächste Fest auf dem Hof der Kreisgeschäftsstelle der Linken in KW?

Text: *Patrick Scharkowski*

2. Tagung des 8. Kreisparteitages



Auch in diesem Jahr waren die Genoss:innen und Sympathisant:innen unserer Partei eingeladen, um an der nunmehr 2. Tagung des 8. Kreisparteitages des Kreisverbandes Dahme-Spreewald teilzunehmen. Viele sind dieser Einladung gefolgt und so konnte die Vielzahl von Wahlgängen mit einer breiten Repräsentanz der hiesigen Genoss:innen gut durchgeführt werden. Denn nicht weniger als die vollständige Aufstockung des Kreisvorstandes um zwei Genoss:innen, sowie die Wahl der Delegierten für den Landesparteitag sowie Bundesparteitag mussten gewählt werden. Mit großem Engagement und routinierter Planung konnten die Wahlen erfolgreich durchgeführt werden. Als Verantwortlicher hatte sich Delef Edler bereit erklärt, wie schon so oft, diese wichtige Aufgabe zu übernehmen. Während das Präsidium durch die Veranstaltung leitete, konnten sowohl Beschlussvorlagen diskutiert als auch Kandidierende vorgestellt werden. Die Ergebnisse jener Wahlen sind folgende:

In den Kreisvorstand wurden Monika Lehmann als stellvertretende Kreisvorsitzende sowie Alexander Kempe als Mitglied gewählt. Als Delegierte bzw. Ersatzdelegierte für den Bundes-

parteitag wurden Monika Lehmann, Helmut Scholz und Claudia Mollenschott gewählt. Zusätzlich wurden als Delegierte bzw. Ersatzdelegierte für den Landesparteitag folgende Personen gewählt: Monika Lehmann, Jacqueline Vetter, Katrin Rudolph, Winifred Tauche, Patrick Scharkowski sowie Wolfgang Grützmaier. Wir wünschen allen gewählten Genoss:innen viel Glück und Erfolg bei der Verichtung ihrer Aufgaben.

Ein Highlight der Veranstaltung war sicherlich der Beitrag **Sven Herzbergers**, der während seiner flammenden Rede seine Position der aktuellen kommunalen Themen offenbarte. So sprach er sich beispielsweise gegen die faktische Privatisierung des Krankenhauses Königs Wusterhausens aus. Konkret sagte Herzberger:

„Mit meiner Wahl zum Landrat möchte ich gemeinsam mit Euch:



- verkrustete Strukturen aufbrechen
- soziale Verantwortung im Landkreis übernehmen
- für gute medizinische Grundversorgung im gesamten Landkreis sorgen
- Infrastruktur für Ausbildung in

Handwerk, Industrie und Handel in unserer Region schaffen (Ausbildungszentrum in Friedersdorf oder Königs Wusterhausen); der Landkreis muss eine erforderliche Fehlbedarfsfinanzierung übernehmen

- Förderung von bezahlbarem Wohnraum
- Digitalisierung im gesamten Landkreis
- regionale Wirtschaftskreisläufe stärken; was im Landkreis produziert wird und im Landkreis

verbleibt, ist auch ein wichtiger Beitrag für Nachhaltigkeit und Klimaschutz

- bessere Verkehrsanbindung des Südens - Nutzung der Struktur Gelder der Lausitz für den Süden des Landkreises
- bürgerfreundliche und motivierte Kreisverwaltung stärken
- Schaffung ausreichender Kita- und Schulplätze (auch auf weiterführenden Schulen Unterrichtsausfall und Lehrermangel endlich wirksam begegnen). Besonders wichtig ist es auch sich konsequent der Verantwortung für unsere Alten zu stellen.“

Mit seinem Schlusssatz „Ich möchte nicht alles anders, aber vieles besser machen.“ erntete Sven Herzberger auf dem Kreisparteitag frenetischen Beifall und machte allen Anwesenden Hoffnung für die kommende Wahl.

Text: *Patrick Scharkowski*



Demo in Mittenwalde

Wer sich dieser Tage mit den rechtsnationalen Kräften in unserem Landkreis beschäftigt, wird schnell erkennen, dass diese in Aufruhr geraten sind. Das liegt vor allem daran, dass der Landkreis seine Verantwortung für Geflüchtete wahrnimmt und an einigen Standorten Flüchtlingsunterkünfte errichtet bzw. reaktiviert. Schlechte Kommunikation, intransparente Verfahren und beinahe schon mutwillig schlechte Entscheidungen bei der Standortwahl spielen diesen Kräften dabei noch in die Hände.

Trotz aller genannten Versäumnisse seitens der Verwaltung bzw. politischen Akteure war und ist es immer die Politik der LINKEN gewesen, auf Seiten der Schwachen zu stehen. Aus diesem Grund betrachten wir es auch weiterhin als unsere vornehmliche Aufgabe, uns auch für geflüchtete Menschen stark zu machen und uns der Bauernfängerei vor allem der AfD entgegen zu stellen.



So geschehen am 26.04. in Mittenwalde. Anlässlich einer geplanten Unterbringung verschiedenster geflüchteter Menschen hatte die AfD die Mittenwalder:innen zu einer Demonstration aufgerufen. Die geballte Landesprominenz der AfD war dafür gekommen. Da man sich der Unterstützung der Mittenwalder:innen offenbar nicht sicher gewesen ist, wurden für die geplante Demo viele Sympathisierende der Braunen im blauen Gewand herangeschafft. So konnte die Demo, welche aus vielen Nicht-Einwohnern bestand, immerhin eine Zahl von um die 300 Menschen mobilisieren.

Demgegenüber stand ein Bündnis aus SPD, Grüne und LINKE. Diese zwar zahlenmäßig unterlegene Gruppe der Gegendemonstrierenden konnte dennoch mit Plakaten, Fahnen, guter Musik und gelungenen Redebeiträgen ein starkes Zeichen für Humanität, Pluralismus und Empathie setzen. Das diese Botschaft vielen der AfD-Anhänger nicht gefiel, wurde spätestens dann deutlich, als die Polizei mit großer Mühe einige Demonstrierende davon abhalten musste, die Gegendemonstration mit Gewalt zu stören.

Trotz großer Vorsichtsmaßnahmen kam es dann

dennoch im Anschluss an die Demo zu einem gewalttätigen Übergriff. Ein vermeintlicher Sympathisant der AfD entwendete eine Fahne und griff den Träger an.



Während weitere Teilnehmer:innen der Demonstration eine Drohkulisse aufbauten, sicherte die Polizei die Heimfahrt einiger Gegendemonstrierenden. Trotz dieses Versuches der Einschüchterung von Seiten des rechten Blocks, haben wir uns weder in unserem energischen Auftreten gegen Rechts, noch in unserem Kampf für Menschenrechte auch für Flüchtlinge unterkriegen lassen. Gerade jetzt ist es wichtig, mehr denn je die Augen und Ohren offen zu halten, um sich der Heimatpartei von Faschist:innen überall, wo es geht, in den Weg zu stellen. Dies wird immer eine einende Haltung der meisten demokratischen Partei darstellen, an deren Spitze DIE LINKE zusammen mit den verschiedensten zivilgesellschaftlichen Organisationen den ständigen Kampf gegen Rechts aufnehmen wird.

Text: *Patrick Scharkowski*

Die Redaktion interviewt Katrin Rudolph



Haben wir beim letzten Mal an dieser Stelle Michael Wippold vorgestellt, wenden wir uns dieses Mal dem schönen Städtchen Wildau zu. Um einen guten Blick für die besondere politische Situation bekommen zu können, sowie einen neuen Blickwinkel auf die Gesamtlage der Partei, haben wir die junge und sehr aktive Genossin Katrin Rudolph interviewt.

LINKSblick: Liebe Katrin, bitte stelle Dich doch mal kurz für unsere Leser:innen vor.

Katrin: Mein Name ist Katrin Rudolph, ich bin 40 Jahre alt, ich wohne seit ungefähr 25 Jahren in Wildau, habe einen 10 Jahre alten Sohn und bin schon seit mehr als 15 Jahren kommunalpolitisch tätig. Derzeit bin ich Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Wildau und Ausschussvorsitzende für den Bauausschuss sowie den Regionalausschuss. Kommunallytisch war ich jedoch bereits vor meiner Mitgliedschaft bei den Linken aktiv.

LINKSblick: Du warst also schon kommunalpolitisch tätig, noch vor deiner Mitgliedschaft bei den Linken: Wie bist Du dann zu den Linken gekommen?

Katrin: Ja, genau. Gerd Müller hatte mich eines Tages angesprochen, ob ich denn nicht Lust hätte, als Stadtverordnete anzutreten. Das tat ich dann und war gleich darauf Mitglied der Linken-Fraktion. Das hatte sich einfach so ergeben. Bald darauf trat ich dann folgerichtig der Partei DIE LINKE bei.

LINKSblick: Wir wollen erst mal mehr von Dir erfahren. Wie bist Du

politisiert worden?

Katrin: Da muss ich ein wenig ausholen. Ich bin in Friedrichshain aufgewachsen und dieser Bezirk war damals zumindest ein sehr roter Bezirk, was mich sehr geprägt hat. Außerdem hatte mich mein Papa immer zu den Rosa-Luxemburg-Demos mitgenommen. Darüber hinaus wurde in meinem Elternhaus viel darüber gesprochen, dass meine Großeltern im Krieg gewesen sind. Generell war die Geschichte und die Schrecken des Krieges ein wichtiges und sehr präsent Thema bei uns. Auch wenn wir in den Urlaub fahren, besuchen wir oftmals Gedenkstätten wie beispielsweise das Konzentrationslager Theresienstadt. Das hatte mich tief beeindruckt. Als meine Familie dann nach Wildau zog, war ich 14 Jahre alt und hörte in der Schule das erste Mal etwas über das volle Ausmaß der Nazis. Spätestens an diesem Punkt war für mich klar, dass man Position beziehen und sich auch heute rechtem Gedanken-gut entgegen stellen muss. Da wusste ich dann, dass ich wohl links bin.

LINKSblick: Du bist ja unter anderem im Bauausschuss tätig. Wie sieht da Deine politische Arbeit aus? Wo unterscheidest Du Dich dort als Linke von den anderen Abgeordneten?

Katrin: Also im Bauausschuss ist ein sehr wichtiges Thema derzeit die bauliche Verdichtung. Dagegen setze ich mich sehr ein. Nun gibt es in Wildau eine Besonderheit, nämlich das Baumatorium, welches dafür sorgt, dass eigentlich nicht weiter gebaut werden darf. Leider wurden mehrere Bauprojekte in der Vergangenheit bereits genehmigt. Dadurch sind uns etwas die Hände gebunden, denn diese Projekte werden noch umgesetzt. Für die Zukunft jedoch wollen wir verhindern, dass noch mehr gebaut wird. Dies ist vor allem möglich, da sich die Fraktionen parteiübergreifend einig sind.

LINKSblick: Würdest Du von Dir

selbst sagen, dass Dich Kommunalpolitik mehr begeistert als Landes- oder Bundespolitik?

Katrin: Ja, das kann ich ganz klar sagen. Bei Kommunalpolitik hat man mehr den Eindruck, dass man noch was verändern und mitreden kann.

LINKSblick: Da Du schon recht lange im kommunalpolitischen Geschäft in Wildau involviert bist: Findest Du, dass sich in den letzten Jahren da eine Veränderung vollzogen hat?

Katrin: Auf jeden Fall. Als die Linken noch vor ein paar Jahren die große Mehrheit unter Uwe Malich inne hatten, war eine faire Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg möglich. Heute ist das leider nicht mehr der Fall. Jede Partei macht ihr und denkt nur noch an sich. Und von Fairness oder einem kollegialen Miteinander kann gar nicht mehr die Rede sein. Diese Entwicklung finde ich sehr schade.

LINKSblick: Ist das auf allen Ebenen so?

Katrin: Man muss da unterscheiden. Wie bereits gesagt, ist Kooperation in den Ausschüssen noch möglich. In der Stadtverordnetenversammlung herrscht jedoch oft ein sehr harter Ton. Womöglich geht es auch um Egos und Machtgerangel. Vielleicht sollte man noch dazu sagen, dass in der Stadtverordnetenversammlung die Presse zugegen ist.

LINKSblick: Du lebst ja schon eine ganze Weile in Wildau: Wie lange bist du schon Mitglied der BO Wildau und inwiefern hat sich auch diese verändert?

Katrin: Ich bin seit ungefähr acht Jahren Mitglied der BO Wildau. Nun, die BO ist sehr alt geworden und es gibt einfach zu wenig junge Menschen, wie überall. Zusätzlich ist es aber auch ein Problem, dass die Jüngeren nicht richtig zum Zuge kommen. Vor allem die älteren Mitglieder sollten auch schon mal Verantwortung abgegeben wollen. Da fehlt mir ein bisschen das

Vertrauen in eine jüngere Generation, dass auch die wichtige Aufgaben übernehmen und ausfüllen könnten.

LINKSblick: Nun war ein sehr dominierender und zusammenhaltender Charakter Heinz Hillebrand. Dieser ist leider viel zu früh verstorben. Welchen Einfluss hatte dieser Verlust auf Eure BO?

Katrin: Heinz fehlt überall, ganz klar. Er hat die BO zusammengehalten. Die erste Parteiversammlung ist noch ausstehend (Anm. d. Red.: fand am 09.06.2023 nach dem Interview statt). Wir wissen noch gar nicht, wo die Reise hinget und müssen uns erst mal neu finden. Es muss ein neuer Vorstand gewählt werden. Es ist noch alles offen. Ich bin sehr gespannt, wie sich die BO jetzt entwickeln wird.

LINKSblick: Kannst Du uns vielleicht einen kleinen Einblick in Eure Zukunftspläne geben, soweit diese schon gereift sind?

Katrin: Also mit Blick auf unsere Probleme, junge Leute für uns zu gewinnen, haben wir Pläne, uns an den Studententreff zu wenden. Womöglich lassen sich dort junge Menschen für uns gewinnen. In diesem Zusammenhang ist Präsenz sehr wichtig. Wir müssen einfach viel präsenter sein und uns überlegen, wie können wir denn attraktiver werden.

LINKSblick: Als letzte Frage würden wir gerne wissen, wie Du Deine Zukunft siehst. Was wünschst Du Dir?

Katrin: In erster Linie hoffe ich, mich noch lange als Stadtverordnete für die LINKE einsetzen zu dürfen und hoffe daher auf die Wahlen nächstes Jahr.

LINKSblick: Dabei wünschen wir Dir viel Erfolg und bedanken uns bei Katrin Rudolph für die sehr interessanten Einblicke.

*Transkription:
Patrick Scharkowski*



Wer das Recht auf #Asyl schützen will, kann sich auf #Grüne, #SPD und #FDP nicht mehr verlassen. Kämpfe mit uns für eine humane Flüchtlingspolitik!

Um Europa keine Mauer! Gegen die Abschaffung des Rechtes auf Asyl! Vor 30 Jahren wurde der sogenannte Asylkompromiss beschlossen. Dieser Tabubruch war auch der geistige Brandbeschleuniger für die anschließenden rassistischen Mordanschläge in Solingen und anderen Orten.

Nun droht mit der geplanten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) erneut ein Angriff auf das Menschenrecht Asyl: Masseninhaftierung an den EU-Außengrenzen, Inhaftierung von Kindern und Grenzverfahren, die vor allem einer schnelleren Abschiebung dienen. Es droht die faktische Abschaffung des Rechtes auf Asyl!

Lasst uns diesen Irrsinn gemeinsam stoppen!



Als mir ein US-Amerikaner den Kommunismus erklärte

Am 08. September 1966 wurde eine Fernsehserie in den USA ausgestrahlt, die, aufbauend auf über zehn Serien und mehr als zehn Filmen, ein ganzes Medien-Franchise begründete und kaum mit ihrer politischen Weltanschauung hinter dem Berg hielt. Gerade einmal zehn Jahre war es her, dass die McCarthy-Ära zu Ende ging, während derer Hollywood von vermeintlich bedrohlich linken Umtrieben gesäubert wurde. Zehn Jahre brauchte es demnach, bis ein texanischer Bomberpilot des Zweiten Weltkriegs und ehemaliger PanAm Pilot seine Vision einer utopischen Gesellschaft einem breiten Publikum präsentieren durfte. Der Weg für Gene Roddenberry, dem Erfinder von Star Trek, auf die Bildschirme der US-Amerikaner, war jedoch sehr steinig gewesen. Noch immer war man skeptisch bei den sehr progressiven Ideen Roddenberrys.

Aber worum geht es bei Star Trek? Vor allem ist Star Trek eine Science-Fiction-Serie, die, entgegen

der in den 60ern vor allem beliebten trashigen Filme dieses Genres, versuchte, philosophische, gesellschaftliche, humanistische und politische Fragen aufzuwerfen. Die Ausgangslage einer jeden Folge stellt das Weltraumschiff Enterprise dar, das mit seiner 400 Personen starken Besatzung ausgesandt worden ist, um den Weltraum zu erkunden. Die ikonischen Protagonisten dieser Serie speisen sich aus Außerirdischen, wie dem Wissenschaftsoffizier Spock, aus afroamerikanischen Frauen, wie der Kommunikationsoffizierin Nyota Uhura, selbst aus Japanern und Russen, wie dem taktischen Offizier Hikaru Sulu und dem Navigator Pavel Andreievich Chekov. Ein Novum seiner Zeit auf vielen Ebenen. Frauen als Offiziere, und noch dazu eine afroamerikanische, waren zuvor nie gezeigt worden; vor allem mit Blick auf die innenpolitischen Zustände der USA jener Zeit. Der Kampf der Bürgerrechtsbewegungen für die Gleichbehandlung von schwarzen Menschen war noch im vollen Gange. Die Stim-

mung gegenüber Russen und Japanern war ebenfalls von starkem Rassismus und Ausgrenzung geprägt. Insofern war das Einsetzen solcher Figuren ein starkes Statement für ein friedliches Miteinander und gegen Rassismus und Hetze.

Sehr viel spannender als die Protagonisten ist jedoch das beworbene Gesellschaftsbild, welches stets als humanistische Weiterentwicklung der menschlichen Zivilisation erklärt wird. So gibt es beispielsweise kein Geld mehr. Die Anhäufung von Geld wurde schon lange überwunden, es gibt weder Hunger noch Not. Die Menschheit hat sich eben nicht nur technologisch entwickelt, sondern vor allem gesellschaftlich. So lässt Gene Roddenberry seinen Protagonisten nach der Auflistung der menschlichen Entwicklungen folgendes sagen: „Die Menschheit ist erwachsen geworden.“

Eben diese utopische Vision der Überwindung von Kapitalismus

und Religion hat ganze Generationen daran glauben lassen, dass wir als Menschheit irgendwann in der Lage sein werden, uns weiterzuentwickeln, und hat meine politische Ideale stärker geprägt als Marx und Engels. Das Zerrbild dieser Vision, welches heute sowohl im Kino als auch auf heimischen Streamingdiensten zu sehen ist, scheint einer immer stärker werdenden Vereinnahmung durch ökonomische Entscheidungsträger nach dem Tod Roddenberrys 1991 geschuldet zu sein. An meiner Erinnerung und dem Einfluss vor allem der Geschichten um Captain Kirk und Captain Picard ändern diese Entwicklungen jedoch nichts. Allen, die Star Trek nicht kennen, kann ich nur empfehlen, sich vor allem mit den Serienablegern zu beschäftigen. Damit wir möglichst bald als Spezies erwachsen werden können.

Text: *Patrick Scharkowski*

Wohnungsnot in Deutschland - Eine soziale Krise, die dringendes Handeln erfordert

In Deutschland herrscht eine besondere Wohnungsnot, die immer mehr Menschen in prekäre Lebensverhältnisse drängt. Die steigenden Mieten und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum belasten vor allem einkommensschwache Haushalte und verstärken die soziale Ungleichheit im Land. Die Lösung dieser Krise erfordert entschlossenes politisches Handeln und eine Neuausrichtung der Prioritäten.

Dabei sind die Ursachen dieser Situation vielfältig. Einerseits trägt die anhaltende Urbanisierung dazu bei, dass immer mehr Menschen in die Städte ziehen und die Nachfrage nach Wohnraum steigt. Andererseits haben spekula-

tive Immobilieninvestitionen und steigende Bodenpreise dazu geführt, dass Wohnraum zum Spekulationsobjekt geworden ist. Dies hat zur Folge, dass Wohnungen oft nicht mehr für die Bedürfnisse der Menschen, sondern für den Profit entwickelt werden.

Die steigenden Mieten sind dabei ein Hauptproblem. In vielen Städten sind die Mietpreise in den letzten Jahren drastisch gestiegen, während die Einkommen nicht in gleichem Maße gewachsen sind. Dies führt dazu, dass immer mehr Haushalte einen großen Teil ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen und am Existenzminimum leben. Geringverdiener, Studierende, Alleinerziehende und Rentner sind besonders von dieser Situation betroffen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sind verschiedene Maßnahmen erforderlich. Eine deutliche Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus ist unerlässlich, um bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwache Haushalte zu schaffen. Die Kommunen sollten dabei eine aktivere Rolle spielen und in den Wohnungsmarkt direkt eingreifen sowie Grundstü-

cke für den sozialen Wohnungsbau reservieren. Zudem müssen Mieterinnen und Mieter vor überhöhten Mietsteigerungen geschützt werden, beispielsweise durch eine Verschärfung der Mietpreisbremse.

Damit der geschaffene sowie vorhandene Wohnraum wieder den Menschen zugutekommen kann, muss die Spekulation mit Immobilien eingedämmt werden. Eine Regulierung der Finanzmärkte und strengere Vorschriften für Immobilieninvestoren sind hierbei notwendig. Zudem sollten leerstehende Wohnungen besser genutzt werden, beispielsweise durch eine Besteuerung von Leerstand und Anreize für Vermieter, ihre Wohnungen zu vermieten. Die Wohnungsnot in Deutschland ist eine dringende soziale Krise, die nicht ignoriert werden kann. Es bedarf einer umfassenden Strategie, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, Mietpreisexplosionen zu stoppen und Spekulation sowie Leerstand zu unterbinden. Dies muss eine wichtige Forderung unserer Partei sein.

Text: *Kim Ingalls*

Termine

03.07	17:00	Kitarecht in der Praxis (kF)	Berliner Str. 38, Frankfurt/Oder 44, Erkner	24.08	18:00	Kreisvorstand	KGS, + online
06.07 - 09.07	-	Sommeruniversität der Europäischen Linken	Faculty of Health Sciences, Lubljana	01.09 - 03.09	-	Festwochenende "20 Jahre Schönefeld" (Abschied vom Terminal 5)	vor dem alten Flughafen, Schönefeld
06.07	18:30	BO-Beratung	KGS, + online	06.09	-	Redaktionsschluss Linksblick	-
07.07	20:00	Vorbereitung Kommunalwahlen I: Moderation/Technik	online	07.09	18:30	BO-Beratung	KGS, + online
10.07	18:00	Kreistagsfraktion	Schulzendorf	08.09	20:00	Bildungspolitik (182. Zoom-Stammtisch, LV)	online
14.07	17:00	Kreisfinanzrevisionskommission	Kreisgeschäftsstelle	15.09 - 17.09	-	Kommunalpolitische Konferenz	Weimar
21.07	20:00	Vorbereitung Kommunalwahlen II: Moderation und Technik	Theodor-Fontane-Str. 42, Ludwigsfelde	19.09	18:00	Kreistagsfraktion	KGS, + online
28.07	19:00	"Europawahlkampf" (176. Zoom-Stammtisch, LV)	online	28.09	18:00	Kreisvorstand	KGS, + online

1. Regionalkonferenz



Am 7. Mai besuchte eine Delegation unseres Kreisvorstandes die Regionalkonferenz in

Schkeuditz bei Leipzig. Diese stand ganz unter dem Motto: sozial gerechter ökologischer Umbau, linke Friedens- und Außenpolitik, sowie Umverteilung als Kampagnenidee. Unter der Leitung der Co-Landesvorsitzenden DIE LINKE, Sachsen, Susanne Schaper, der Co-Parteivorsitzenden Janine Wissler, und des Bundesgeschäftsführers Tobias Bank fand ein zusätzlicher Austausch zwischen den Anwesenden und der Parteiführung statt. Dabei wurden keine Themen ausgespart und mit viel Emotionen und Engagement die Probleme der Partei DIE LINKE in der Außenwahrnehmung und der inneren Zerrissenheit

diskutiert.

Dieser Austausch im großen Plenum stellte zu Beginn zwar einige Versäumnisse der Parteiführung fest, signalisierte jedoch bald darauf die tiefe Verbundenheit mit den Idealen und der Arbeit der Ge-



noss:innen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. So wurde konstatiert, dass eine starke Linke, vor allem mit Blick auf derzeitige Herausforderungen, die einzige Möglichkeit darstellt, bestehenden unsozialen und militanten Entwicklungen entgegenzuwirken.

Anschließend brachen die anwesenden Genoss:innen in ihre jeweiligen Workshops auf. Dabei verwunderte es niemanden, dass

gang zum Geldinstitut oder zu Veranstaltungen zu ermöglichen, ohne über Computer oder Smartphone verfügen zu müssen. Manch eine:r kann sein/ihr tägliches Leben recht gut selbständig gestalten, ist jedoch nicht in der Lage, mit den modernen Kommunikationsmitteln umzugehen. Es wird als selbstverständlich angesehen, dass jede:r ein Smartphone oder einen Computer hat, jede:r eine Email-Adresse hat und alle am Onlinebanking teilnehmen, nicht mehr mit Bargeld einkaufen usw. Gerade beeinträchtigte Menschen, die teilweise auch über sehr geringe Einkünfte verfügen, können sich Bargeld besser einteilen und so selbständig auch den Alltag gestalten.

Mit der Ausdünnung der Filialnetze der Geldinstitute ist das jedoch für diese Menschen kaum noch möglich. Gerade geistig beeinträchtigte Menschen, die nicht in der Lage sind, den Wert des Geldes überhaupt richtig zu erfassen, ge-

vor allem jener Workshop hoch frequentiert war, welcher sich mit der Friedenspolitik der Partei beschäftigte. Dort wurden in einem regen Austausch in kleineren Gruppen Möglichkeiten besprochen, wie eine gemeinsame Friedenspolitik formuliert und entworfen werden könnte. Dabei stellte sich alsbald heraus, dass die Anhänger:innen der verschiedensten Strömungen unserer Partei bei der Frage der Umsetzung einer realistischen Friedenspolitik durchaus auf gemeinsame Fundamente zurückgreifen konnten.

Dies wurde durch die anschließende Auswertung der Workshops im gesamten Plenum noch einmal unterstrichen. So kann festgehalten werden, dass die Regionalkonferenz vor allem deutlich gemacht hat, dass es zwar sehr wohl unterschiedliche Betrachtungen hiesiger Konflikte unter den Genoss:innen gibt, dass diese Widersprüche sich jedoch kaum unüberwindbar, geschweige denn existenziell darstel-

len mögen. DIE LINKE ist und bleibt eine Friedenspartei. Dies ist ein Umstand, der tief in unserer Partei verwurzelt und verankert ist. Gleich welcher Strömung auch immer mensch in der LINKEN angehören mag, so muss stets bedacht werden, dass uns allen der Frieden das höchste Gut ist.

Diese erste Regionalkonferenz stellt dabei einen Auftakt einer Reihe von sechs Konferenzen dar, die zukünftig sowohl in Präsenz als auch online stattfinden werden. Als Gesprächs- und Kontaktangebot der Parteiführung zur Basis ist dies ein erster Versuch, DIE LINKE durch diese schwere Zeit zu begleiten und eine mögliche Entfremdung der einzelnen Akteur:innen zu kitten. Man darf gespannt sein, inwieweit sich durch dieses Mittel der gewünschte Erfolg einstellen wird. Wir werden die Entwicklung weiterhin beobachten.

Text: *Patrick Scharkowski*

Kommentar zur Teilhabe und Inklusion

Vor 15 Jahren hat Deutschland der UN-Behindertenrechtskonvention zugestimmt. Seither wird immer wieder von Teilhabe, Inklusion, gleichen Möglichkeiten für behinderte und nicht behinderte Menschen im gesellschaftlichen Leben usw. gesprochen.

Trifft das tatsächlich auf alle zu? Sicher hat die digitale Welt viele Vorteile für diejenigen, die damit umgehen können, aber was ist mit denen, die das aus unterschiedlichen Gründen nicht können? Was ist mit den hochbetagten, alleinlebenden Menschen, die nicht mehr gut mobil sind oder denjenigen die von Kindheit an geistig, körperlich und eventuell auch psychisch beeinträchtigt sind? Teilhabe ist aus meiner Sicht, ihnen auch den Zu-

gang zum Geldinstitut oder zu Veranstaltungen zu ermöglichen, ohne über Computer oder Smartphone verfügen zu müssen. Manch eine:r kann sein/ihr tägliches Leben recht gut selbständig gestalten, ist jedoch nicht in der Lage, mit den modernen Kommunikationsmitteln umzugehen. Es wird als selbstverständlich angesehen, dass jede:r ein Smartphone oder einen Computer hat, jede:r eine Email-Adresse hat und alle am Onlinebanking teilnehmen, nicht mehr mit Bargeld einkaufen usw. Gerade beeinträchtigte Menschen, die teilweise auch über sehr geringe Einkünfte verfügen, können sich Bargeld besser einteilen und so selbständig auch den Alltag gestalten.

Gerade beeinträchtigte Menschen, die teilweise auch über sehr geringe Einkünfte verfügen, können sich Bargeld besser einteilen und so selbständig auch den Alltag gestalten.

Mit der Ausdünnung der Filialnetze der Geldinstitute ist das jedoch für diese Menschen kaum noch möglich. Gerade geistig beeinträchtigte Menschen, die nicht in der Lage sind, den Wert des Geldes überhaupt richtig zu erfassen, ge-

schweige zu überblicken, was sie sich für das ihnen zur Verfügung stehende Budget leisten können, werden damit „behindert“. Sie sind nunmehr auf Assistenz angewiesen. Es macht mich wütend, wenn ich höre, dass eine rechtliche Betreuung eingerichtet werden soll, da die alleinstehende alte Dame den Weg zum nächsten Geldautomaten nicht mehr schafft und somit nicht mehr an ihr Geld kommt, oder dass ein Smartphone angeschafft werden muss, damit Fahrkarten gekauft werden können usw.

Eine Theaterkarte ist nur noch online zu bestellen, da - zumindest in Berlin - die Theaterkassen nach der Pandemie nicht wieder geöffnet wurden. Die Liste kann man beliebig fortsetzen.

Das Bundesteilhabegesetz, und damit das persönliche Budget, ist für diesen Personenkreis kaum umsetzbar, da hierfür weitere Hilfen zunächst organisiert werden müssen. Statt es einfacher zu machen,

wird die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für diesen Personenkreis weiter eingeschränkt.

Gesetzliche Regelungen, die im letzten Jahr auf den Weg gebracht wurden, führen für Hilfskräfte zu einer wesentlich höheren Belastung. Finanzielle Zuwendungen aus den Hilfsfonds für die Teuerung im vergangenen Jahr erreichen teilweise die Falschen. Und die wirklich Bedürftigen erhalten kaum soviel, dass sie damit die gestiegenen Kosten nur annähernd ausgleichen könnten. Behörden, die unterstützen sollten, leiden unter Personalmangel, so dass hier wenig Hilfe zu erwarten ist. Wenn es dieser Gesellschaft wirklich ernst ist mit der Teilhabe aller Bevölkerungsschichten, dann sollte neben dem digitalen Fortschritt auch für diese Menschen eine Alternative für die tatsächliche Teilhabe geschaffen werden, damit sie auch tatsächlich teilnehmen können.

Text: *Ruth Wippermann*

2. Quartals Impressionen



Folgt uns auf Twitter



Folgt uns auf Instagram



Folgt uns auf Facebook



Impressum

Herausgeber: Kreisverband Dahme Spreewald der Partei DIE LINKE. Zuschriften bitte an: redaktion@dielinke-lds.de. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. V.i.S.d.P.: Michael Wippold, Kreisgeschäftsstelle Erich Kästner Straße 12, 15711 Königs Wusterhausen, Telefon: 03375-29 36 21 E-mail: info@dielinke-lds.de, Redaktion: Philipp Martens, Patrick Scharkowski, Lektor: Pascal Merkes, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. LDS, privat